

Beilage Nr. 1 zu den
MONATSBERICHTEN DES
ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XX. Jahrgang, Nr. 6

Abgeschlossen am 15. Juni 1947

Die wirtschaftliche Lage
Englands

WIEN 1947

IM SELBSTVERLAGE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, WIEN, I., WIPPLINGERSTRASSE 34

Inhaltsverzeichnis

Die wirtschaftliche Lage Englands	3	Die berufliche Verteilung der Arbeitskräfte	9
Die Zahlungsbilanz	4	Energieversorgung und Produktion	11
Die Arbeitslage	6	<i>Das Kohlenproblem</i>	11
<i>Mangel an Arbeitskräften</i>	6	<i>Gewerbliche Produktion</i>	12
<i>Das Arbeitskräftepotential</i>	7	Währung, Preise und Einkommen	14
<i>Einschaltung der Arbeitskräfte in die Produktion</i>	7	Verstaatlichung und Planung	19

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Herausgeber, Verleger und Eigentümer: Verein „Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung“, Wien, I., Wipplingerstraße 34.
 Präsident: Bundesminister Dr. h. c. Eduard Heini, Wien, I., Stubenring 8—10.
 Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Franz Nemschak, Wien, XXVI., Peter-Rosegger-Gasse 27.
 Carl Ueberreutersche Buchdruckerei und Schriftgießerei (M. Salzer), Wien, IX., Pelikangasse 1.

Die wirtschaftliche Lage Englands

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen England seit Beendigung des Krieges gegenübersteht, kamen für viele überraschend und wurden in der gesamten Weltöffentlichkeit ausführlich kommentiert. Diese Schwierigkeiten waren jedoch voraussehbar, da schon der erste Weltkrieg deutlich zeigte, daß aus einem modernen Krieg Sieger wie Besiegte außerordentlich geschwächt hervorgehen. Um so mehr gilt dies für den eben abgelaufenen Krieg, der an die Kriegführenden weitaus größere materielle Anforderungen stellte als der Weltkrieg 1914—1918.

Ungleich Amerika, das erst zwei Jahre später in den Krieg eintrat und seine ungeheure Kriegsproduktion zum Großteil durch die Verwendung brachliegender Produktionsmittel und Arbeitskräfte ohne wesentliche Beeinträchtigung der Friedensproduktion erzeugen konnte, mußte England seine ganze Wirtschaft energisch vom Frieden auf den Krieg umstellen. Während im Juni 1939 nur 3,5 % der im werktätigen Alter (von 14 bis 64 Jahren) stehenden männlichen Bevölkerung in der Armee und im Luftschutz tätig waren, stieg dieser Prozentsatz im Juni 1944 auf 29,7. In derselben Periode erhöhte sich der Anteil der in der Metall- und der chemischen Industrie Beschäftigten — den Industrien, die am weitestgehenden für die Erzeugung von Kriegsmaterial herangezogen wurden — von 16,2 auf 20,2 %, so daß im Jahre 1944 gerade die Hälfte der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung in der Armee oder der Kriegsindustrie beschäftigt war. Bei den Frauen ging eine ähnliche, wenn auch schwächere Entwicklung in derselben Richtung vor sich, so daß Armee und Kriegsindustrie im Juni 1944 14,8 % der arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung (von 14 bis 59 Jahren) erfaßten, gegenüber 3,1 % im Juni 1939.

Eine derart weitgehende Umstellung auf den Krieg und die Kriegsproduktion konnte nicht ohne Folgen für die gesamte Wirtschaftsstruktur bleiben. Der Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften zwang zu weitgehenden Einschränkungen im persönlichen Verbrauch; Investitionen und notwendige

Reparaturarbeiten in nicht kriegswichtigen Bereichen mußten vernachlässigt werden und die lebenswichtigen Importe konnten in steigendem Maße nicht mehr durch Exporte bezahlt, sondern mußten durch Liquidierung von Auslandsinvestitionen, durch das Leih-Pachtsystem und im Anleihewege aufgebracht werden. Während im Jahre 1938, dem letzten vollen Friedensjahr, die in- und ausländische Kapitalbildung Englands noch 214 Millionen Pfd. St. oder 5 % des Volkseinkommens betrug, fand während der Kriegsjahre eine bedeutende Kapitalsaufzehrung statt.

Kapitalsaufzehrung während der Kriegsjahre

	Mill. £	In % des Volkseinkommens		Mill. £	In % des Volkseinkommens
1940	952	16	1943	972	12
1941	1.178	17	1944	974	12
1942	929	12	1945	824	10

Dazu kamen noch die durch Kriegshandlungen verursachten Zerstörungen, deren Ausmaß vielleicht am besten durch die Tatsache charakterisiert ist, daß im Laufe des Krieges von den ungefähr 13 Millionen Wohingeleghenheiten Englands mehr als 4½ Millionen beschädigt wurden.

Wenn wir uns all dies vor Augen halten, so ist es begreiflich, daß der Übergang von der Kriegszur Friedensproduktion nicht ohne Schwierigkeiten verläuft. Wie alle anderen Staaten Europas steht eben auch England vor der Aufgabe, keineswegs einfache strukturelle Änderungen in seiner Wirtschaft vorzunehmen.

Allerdings können Englands gegenwärtige Wirtschaftsprobleme nicht ausschließlich auf den Krieg und seine Folgen zurückgeführt werden. Der Krieg hat vielmehr in vielen Fällen nur dazu geführt, gewisse Tendenzen, die sich bereits nach dem ersten Weltkrieg und in steigendem Maße in der Zwischenkriegszeit bemerkbar machten, zu beschleunigen und deutlicher an die Oberfläche zu bringen. Englands Probleme sind eben nicht durchwegs Übergangserscheinungen, sondern vielfach langfri-

stiger Natur, für die dauernde Lösungen gefunden werden müssen, die der veränderten Stellung Englands in einer veränderten Welt Rechnung tragen. In diesem Versuch, einen Ausweg aus den unmittelbaren sowie den dauernden Schwierigkeiten zu finden, stößt man vor allem auf drei entscheidende Probleme: Die Zahlungsbilanz, die Verteilung der Arbeitskräfte und die Kohle.

Die Zahlungsbilanz

In England entstand der Spruch: „Export or die“ — „Exportiere oder stirb“. Wie keine andere Großmacht ist Englands Wirtschaft von der Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln abhängig. Gerade auf diesem Gebiet ist die Lage äußerst schwierig geworden.

Vor dem Krieg hatte England alljährlich einen beträchtlichen Einfuhrüberschuß (387,6 Millionen Pfd. St. im Jahre 1938), der größtenteils durch die Erträge der Schifffahrt, der Finanzinstitute und aus den Zinsen und Dividenden der Auslandsinvestitionen gedeckt wurde. Allerdings zeigte sich schon in den Dreißigerjahren die Tendenz, den Einfuhrüberschuß über diese Einnahmen hinaus auszuweiten und zum Teil von der Kapitalsubstanz selbst zu zehren. So betrug im Jahre 1938 das Defizit der gesamten Zahlungsbilanz 70 Mill. Pfd. St.

Die Kriegsjahre haben nun mit einem Schlag diese Situation, die bereits den Keim größerer Schwierigkeiten in sich trug, zu einer Krise zugespitzt. Einerseits verlangte die Kriegführung, trotz weitgehender Einschränkung des Zivilbedarfes, ein gegenüber dem Vorkriegsniveau nur wenig vermindertes Einfuhrvolumen, während andererseits die generelle Umstellung der Industrie auf die Kriegsproduktion zu einem außerordentlichen Rückgang der Ausfuhr führte, die im Jahre ihres Tiefstandes im Jahre 1943, nicht einmal ein Drittel des Vorkriegsniveaus erreichte.

Die Entwicklung der Ein- und Ausfuhr (Quantenindex)

Jahr	Einfuhr 1938 = 100	Ausfuhr
1942	70,0	36,0
1943	77,0	29,0
1944	80,0	31,0
1945	61,9	45,8
1946	68,6	99,7

Diese Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr konnte nur dadurch überbrückt werden, daß einerseits wesentliche Beträge des im Ausland befindlichen Kapitals veräußert und andererseits Kredite in Anspruch genommen wurden.

Abb. 1. Entwicklung des Importes ¹⁾
(Logarithmischer Maßstab.)

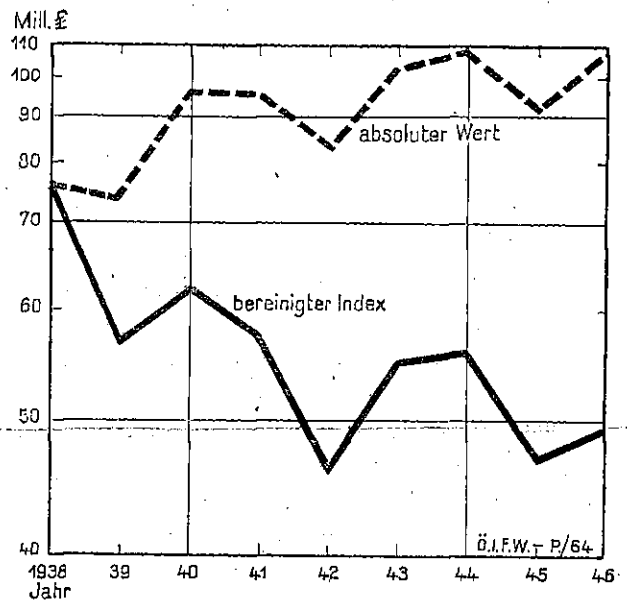
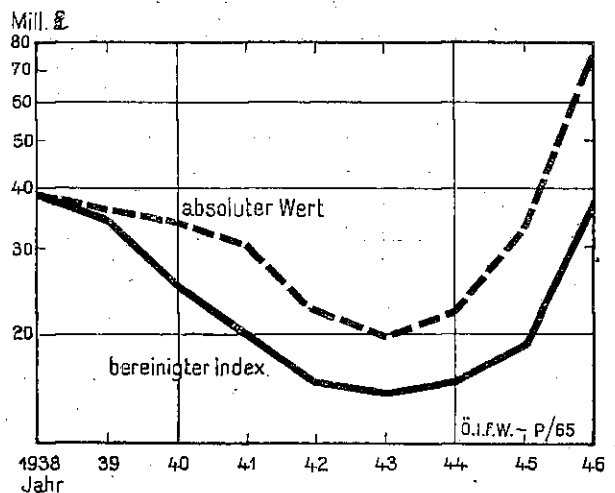


Abb. 2. Entwicklung des Exportes ¹⁾
(Logarithmischer Maßstab.)



¹⁾ Bereinigter Index auf Grund der Durchschnittspreise im Import bzw. Export.

Veräußerung ausländischer Kapitalwerte und Aufnahme von Anleihen

Jahr	Mill. £	Jahr	Mill. £
1938	70	1942	663
1939	250	1943	680
1940	804	1944	659
1941	816	1945	819

Die Folge dieser Entwicklung war, daß England am Ende des Krieges in einer äußerst geschwächten Position dastand. Zinsen, Gewinne und Dividenden aus dem Ausland, die im Jahre 1938 noch 175 Mill. Pfd. St. einbrachten, waren im Jahre

1946 auf 60 Mill. Pfd. St. zusammengeschrumpft. Dazu kommt noch, daß die Handelsflotte, die vor dem Krieg eine wichtige Deviseneinnahmequelle war, durch Zerstörung von 17·4 Mill. t auf 13·9 Mill. t reduziert wurde und vorläufig kaum einen nennenswerten Beitrag zur Deckung des Zahlungsbilanzdefizits leistet. (Selbst auf längere Sicht ist es zweifelhaft, ob die Handelsflotte ihre alte Bedeutung wiedergewinnen wird, da die Vereinigten Staaten beabsichtigen, größeren Anteil an der Weltschifffahrt zu nehmen als in der Vergangenheit.) Schließlich wird das Problem noch dadurch weiter verschärft, daß sich die internationalen Austauschbedingungen zu Ungunsten Englands entwickelt haben; es muß also heute mehr exportiert werden als vor dem Kriege, um dieselbe Quantität an Importen zu erhalten. In den Dreißigerjahren profitierte England an der Preisschere, die sich zwischen den Industriewaren und den Rohstoffen und Nahrungsmitteln geöffnet hatte. Infolge der geänderten Weltmarktsituation und nicht zuletzt infolge der finanziell und politisch stärkeren Stellung der in der Urproduktion tätigen Länder in- und außerhalb des britischen Empires hat sich die Preisschere jedoch wieder geschlossen. So sind bis Februar 1947 die Importpreise gegenüber 1938 um 126% gestiegen, während die Exportpreise in derselben Periode nur um 115% wuchsen.

England kann daher seinen Import nur dann auf einer mit dem Vorkriegsstand vergleichbaren Basis aufrecht erhalten, wenn der Export wesentlich, etwa auf 75 bis 100% über das 1938-Niveau gehoben wird. Da jedoch eine solche Steigerung angesichts der allgemeinen Produktionsschwierigkeiten nicht innerhalb kurzer Zeit möglich war, entschloß sich die englische Regierung, die Übergangsperiode durch Kredite von Kanada und Amerika zu überbrücken, wobei der letztere mit rund einer Mrd. Pfd. St. einen Rekord auf dem Gebiet der öffentlichen Anleihen darstellt.

Die Ratsamkeit einer solchen Vergrößerung der Schuldenlast — insgesamt hat sich Englands Kapitalbilanz gegenüber der Welt seit der Vorkriegszeit um 6 Mrd. Pfd. St. verschlechtert — wurde in England viel diskutiert. Es steht jedoch außer Zweifel, daß ohne eine solche Anleihe England seine Einfuhr und seinen Lebensstandard hätte radikal herunterdrücken müssen. Die Problematik der amerikanischen Anleihe liegt heute hauptsächlich in ihrer Verwendung, da bisher zirka 40% des bereits verbrauchten Teils Konsumtionszwecken (unter anderem Tabak und Filme) zugeführt wurden, während zu wenig für die Einfuhr von Maschinen ausgelegt

wurde, welche allein als Basis für die nach 1950 beginnenden Rückzahlungen dienen können. Die im Budget 1947/48 eingeführte radikale Erhöhung der Tabaksteuer, durch die der Zigarettenpreis um 43% erhöht wurde, ist ein erster Schritt, um diese Entwicklung zu drosseln.

Die Anleihen haben zwar vorübergehend eine Erleichterung geschaffen, aber andererseits das Exportproblem, das bereits kurz erwähnt wurde, noch dringlicher gestaltet. Müssen doch nach Ablauf der Übergangsperiode nicht nur Devisen für die laufenden Importe, sondern auch für die nun wesentlich gesteigerte Schuldentilgung bereitgestellt werden. Wie aus dem weiter oben wiedergegebenen Index des Exportvolumens ersichtlich ist, hat sich die englische Ausfuhr nach Beendigung des Krieges sehr rasch erholt. Während sie im Jahre 1944 noch weniger als ein Drittel und im Jahre 1945 weniger als die Hälfte des Volumens vom Jahre 1938 betrug, hatte sie im Jahre 1946 bereits den Vorkriegsstand wieder erreicht. Im letzten Quartal des Jahres 1946 betrug die Ausfuhr mengenmäßig sogar 111·2% des Jahres 1938.

Die Frage besteht nun, ob es möglich sein wird, den Export weiter zu steigern, um die für das heurige Jahr von der Regierung angestrebten 140% und letzten Endes die für normale Importe notwendigen 180% des Vorkriegsniveaus zu erreichen. Seit Beginn dieses Jahres hat die aufsteigende Tendenz im Export einer stationären Entwicklung Platz gemacht¹⁾. Es wäre jedoch noch verfrüht, ein Urteil darüber zu fällen, ob es sich hier nur um eine, größtenteils durch Materialschwierigkeiten verursachte Pause in der Entwicklung handelt, oder ob der ganze Entwicklungsprozeß nun auf schwerer zu durchdringende Gebiete stößt. Zweifellos können die Exporte mancher Industrien zumindest vorläufig nicht weiter gesteigert werden, während andere mit dem Wiedererstehen ausländischer Konkurrenz auf Schwierigkeiten stoßen werden. Andererseits sind manche Industrien, wie z. B. die Schiffbauindustrie, auf Jahre hinaus mit Aufträgen eingedeckt. Im großen und ganzen wird der Erfolg der Ausfuhrförderung letzten Endes davon abhängen, wie weit sich Vollbeschäftigung und internationaler Warenaustausch in Zukunft erhalten und weiter entwickeln werden. Und das ist eine Frage, die nicht ausschließlich von England gelöst werden kann.

¹⁾ Die Ausfuhrwerte für die ersten drei Monate dieses Jahres sind 91·2, 76·0 und 82·6 Mill. Pfd. St. (Der Monatsdurchschnitt für das zweite Halbjahr 1946 beträgt 84·6 Millionen.)

Das relativ günstige Bild der Zahlungsbilanz, das sich aus der Entwicklung der Ausfuhr ergibt, wird allerdings durch eine nachteilige regionale Verschiebung der Importe getrübt. Während sich die geographische Verteilung des Exportes gegenüber der Vorkriegszeit fast nicht geändert hat, bezieht heute England, bedingt durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse, einen viel größeren Prozentsatz seiner Importe aus den Ländern des amerikanischen Kontinentes als im Jahre 1938. Da diese Importe in Dollars bezahlt werden müssen, während andererseits für den Exportüberschuß nach Europa und Afrika meistens weder Gold noch Dollars erhältlich sind¹⁾, ist das Dollardefizit wesentlich größer als das gesamte Defizit der Handelsbilanz. Im dritten Quartal des Jahres 1946 belief sich letzteres (für das ganze Jahr berechnet) auf 301 Mill. Pfd. St., während das Dollardefizit mehr als 400 Mill. Pfd. St. betrug.

Geographische Verteilung des Außenhandels

	Einfuhr		Ausfuhr		Saldo ^{1) 2)}
	1938 %	1946 ²⁾ %	1938 %	1946 ²⁾ %	
Afrika	7	10	16	17	+ 36
Asien und Ozeanien	27	22	29	29	— 6
Europa	33	20	36	38	+ 144
USA	13	16	6	4	— 167
Restliches Nordamerika	9	14	5	4	— 148
Süd- u. Zentralamerika	11	18	8	8	— 160
Summe	100	100	100	100	— 301

¹⁾ Ausfuhrüberschuß (+) bzw. Einfuhrüberschuß (—).

— ²⁾ III. Quartal. — ³⁾ Nach den Ergebnissen des III. Quartals für ein volles Jahr berechnet.

Als Folge dieses Unterschiedes zwischen der Einfuhr- und Ausfuhrstruktur ergibt sich die Gefahr, daß die amerikanischen und kanadischen Anleihen rascher aufgebraucht werden, als dies die Gesamtbilanz vermuten ließe. Sie wird noch dadurch vergrößert, daß das finanzielle Abkommen, das zur Zeit der amerikanischen Anleihe geschlossen wurde, England die Verpflichtung auferlegt, noch in diesem Jahr laufende Auslandsforderungen ohne Einschränkungen in Dollars zu verwandeln. Soll daher die weitere Aufnahme von Dollarkrediten bzw. eine zu große Inanspruchnahme des Internationalen Währungsfonds vermieden werden, so erwächst neben der Aufgabe der Exportsteigerung auch die einer strukturellen Veränderung des Außenhandels, die darin bestehen muß, die Ausfuhr nach dem amerikanischen Kontinent zu steigern und gleichzeitig einen größeren Teil der Einfuhr aus anderen Erdteilen zu beziehen.

¹⁾ Mit Ausnahme der Südafrikanischen Union.

Die Arbeitslage

Mangel an Arbeitskräften

Englands Wirtschaft leidet gegenwärtig — wie die vieler anderer Länder — an einem akuten Arbeitermangel. Der Umstellungsprozeß von der Kriegs- auf die Friedensproduktion, von dem befürchtet wurde, daß er eine weitgehende strukturelle Arbeitslosigkeit verursachen könnte, verlief in erstaunlich glatter Weise. Obwohl zwischen Juni 1945 und Dezember 1946 nicht weniger als 7,034.000 Menschen aus der Armee oder der Rüstungsindustrie entlassen wurden, stieg die Arbeitslosigkeit während dieser Periode niemals über 410.000 Personen. Eine Zahl, die, verglichen mit der Vorkriegszeit und angesichts der Tatsache, daß viele dieser Arbeitslosen nur auf Postenwechsel sind, als gering angesehen werden muß.

Arbeitslosigkeit

	In 1000	
	1938	1945
Juli	1.786,5	120,4
1939 Juli	1.250,6	Oktober 253,0
1940 Juli	755,1	1946 Jänner 360,2
1941 Juli	266,2	April 402,6
1942 Juli	103,1	Juli 391,9
1943 Juli	76,2	Oktober 393,8
1944 Juli	68,2	Dezember 396,0

Die Reibungslosigkeit der Umstellung ist einerseits auf die Tatsache zurückzuführen, daß die durch den Krieg aufgeblähte Eisen- und Metallindustrie auch jetzt — angesichts der Investitionsbedürfnisse Englands und der Exportmärkte — weit über den Vorkriegsstand hinaus beschäftigt ist²⁾, so daß viele Rüstungsarbeiter ohne Wechsel des Arbeitsplatzes in die Friedensproduktion eingeschaltet werden konnten; andererseits ist sie eine Folge der auf allen Gebieten während der Kriegszeit angewachsenen unbefriedigten Nachfrage, die der Produktion einen äußerst starken Auftrieb verleiht.

Das Problem der Umstellung und einer damit verbundenen Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht notwendigerweise vollkommen gelöst, sondern kann nach Befriedigung der nachkriegsbedingten Nachfrage nach Kapitalgütern noch auftreten. Daß diese Gefahr besteht, zeigt die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit. Ende 1946 betrug zwar der Prozentsatz der versicherten Arbeiter, die als arbeitslos gemeldet waren, für ganz England nur 2,5 %. Nordengland und Schottland weisen jedoch 5 % und

²⁾ Die Zahl der Arbeiter in der Metall-, metallverarbeitenden, Auto-, Flugzeug- und Schiffbauindustrie betrug Ende 1946 3.355.600 verglichen mit 4.586.400 im Jahre 1943, aber nur 2.716.700 im Jahre 1939.

Wales sogar 7,5% Arbeitslose auf, während in den meisten Regionen nur ein Arbeitslosenprozentsatz von 1 bis 1,5% besteht. Das Fehlen von Verbrauchsgüterindustrien, das auch schon vor dem Krieg diese Regionen zu Notstandsgebieten stempelte, macht es eben schwer, die aus der Kriegs- und Schwerindustrie entlassenen Arbeiter zu absorbieren. Allerdings hat die Regierung mit Hilfe ihres Investitionslenkungsprogrammes die Errichtung neuer Fabriken in diesen Gegenden gefördert, so daß eine Entspannung der Situation in Kürze zu erwarten ist.

Trotz dieser Schwierigkeiten, die da und dort auftauchen, ist nichtsdestoweniger — wie eingangs erwähnt wurde — der Arbeitermangel ein charakteristisches Kennzeichen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Englands. Das vielseitige Programm, das sich die englische Regierung gestellt hat — Wohnhausbauten, Modernisierung der Industrie, Ausbau der Sozialversicherung, Hebung des Lebensstandards, Steigerung des Exports —, stößt überall auf Schwierigkeiten, da es in entscheidenden Industrien an Arbeitern mangelt. Dieser Mangel ist zum Teil auf die besonderen Bedürfnisse der Aufbauperiode zurückzuführen, in der eine überdurchschnittliche Zahl von Arbeitern in den Kapitalgüterindustrien benötigt wird und so der Herstellung von Fertigwaren verloren geht. Darüber hinaus wird es aber immer deutlicher, daß die Knappheit an Arbeitskräften zu einer Dauererscheinung werden wird, falls die Erhaltung der Vollbeschäftigung — die eine der Hauptpunkte im Programm der gegenwärtigen Regierung darstellt — gelingt. Denn nur der Mangel an Kaufkraft verursachte in der Vergangenheit einen scheinbaren Überfluß an Arbeitskräften. Mit der durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bedingten Steigerung der Kaufkraft zeigt es sich klar, daß die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, ihre Produktivität und ihre Verteilung die wesentliche Begrenzung des Erreichbaren in der wirtschaftlichen Sphäre darstellen.

Das Arbeitskräftepotential

Das „Budget der Arbeitskräfte“ wird somit zum Brennpunkt der gesamtwirtschaftlichen Situation und seine Analyse und Beeinflussung spielen heute auch die wichtigste Rolle in der Wirtschaftsplanung der englischen Regierung. Wie steht es nun mit den tatsächlich und potentiell vorhandenen Arbeitskräften? Die arbeitende Bevölkerung, die während des Krieges stark angestiegen war, ist seit Kriegsende — wie nicht anders zu erwarten —

Arbeitende Bevölkerung¹⁾

	Insgesamt	Davon	
		Männer in 1000	Frauen
Juni 1939	19.750	14.656	5.094
Juni 1943	22.281	15.028	7.253
Juni 1945	21.649	14.881	6.768
Juni 1946	20.523	14.638	5.885
November 1946	20.324	14.504	5.820

¹⁾ Männer von 14 bis 64, Frauen von 14 bis 59 Jahren, einschließlich Unternehmer, Armee und Arbeitslose, aber ausschließlich von Hausgehilfinnen. Zwei Halbtagsarbeiter zählen als ein Vollarbeiter.

zurückgegangen, ohne aber bis auf das Vorkriegsniveau zu fallen.

Die hohe Zahl der Arbeitskräfte während des Krieges konnte nur durch die Weiterbeschäftigung pensionsberechtigter Arbeiter und Angestellter und vor allem durch die starke Mobilisierung der Frauen erreicht werden. Mit Beendigung des Krieges und der Beseitigung der Arbeitspflicht zogen es viele Frauen vor, wieder in den Haushalt zurückzukehren. Von der Abnahme der Arbeitsbevölkerung um 1.957.000 zwischen Juni 1943 und November 1946 entfallen 1.433.000 auf Frauen und nur 524.000 auf männliche Arbeitskräfte. Nichtsdestoweniger ist eine beträchtliche Anzahl von Frauen in der Industrie verblieben und es ist ausschließlich diesem Umstand zu verdanken, daß gegenwärtig die Zahl der arbeitenden Bevölkerung die von 1939 übersteigt. Denn das Anwachsen der Gesamtzahl um 574.000 setzt sich aus einem Ansteigen der Zahl der Frauen um 726.000 und einer Reduktion in der Zahl der Männer um 152.000 zusammen. In der Erhaltung dieser zusätzlichen weiblichen Arbeitskräfte und in der eventuellen Rückgewinnung einiger jener, die seit 1944 die Industrie verlassen haben, liegt eine Möglichkeit, die Zahl der Arbeitskräfte vor einem Absinken zu bewahren, und die Regierung hat auch durch Propagandamaßnahmen und industrielle Vereinbarungen diesen Weg beschritten.

Einschaltung der Arbeitskräfte in die Produktion

Die Produktion hängt aber nicht so sehr von der Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte ab, sondern vielmehr von dem Ausmaß, in dem diese Arbeitskräfte tatsächlich in den Produktionsprozeß eingereiht sind.

Seit Kriegsende ist zwar die Zahl der in der Industrie Beschäftigten stark gestiegen. Die rasche Demobilisierung führte der Industrie 1.726.000 Arbeitskräfte zu und ermöglichte so eine erhebliche Steigerung der Produktion von Verbrauchsgütern,

Die Struktur der Erwerbstätigen

	Industrie	Armee ¹⁾	Demobilisierte ²⁾ in 1000	Arbeitslose
Juni 1939	17.920	560	—	1.270
Juni 1943	17.121	5.080	20	60
Juni 1945	16.289	5.817	40	103
Juni 1946	17.327	2.120	700	376
November 1946	18.015	1.598	345	366

¹⁾ Einschließlich Polizei, Luftschutz usw. — ²⁾ Demobilisierte Soldaten, die noch nicht zu arbeiten begonnen haben.

insbesondere für den Export, obwohl sich die Zahl der Erwerbstätigen zwischen Juni 1945 und November 1946 um 1,325.000 verminderte. Dazu kommt, daß innerhalb der Industrie selbst die Zahl der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten im selben Zeitraum von 3,748.000 auf 464.000 fiel.

Ein Vergleich mit dem Juni 1939 zeigt jedoch, daß die industriell tätige Bevölkerung weniger stark zugenommen hat als die Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Während nämlich zwischen Juni 1939 und November 1946 die Arbeitsbevölkerung um 574.000 anstieg, erhöhte sich der in der Industrie beschäftigte Teil nur um 95.000 Personen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Armee und verwandte Formationen im Jahre 1946 um 1,038.000 Personen mehr beanspruchten als im Jahre 1939 — ein Verlust, der nur teilweise durch die Verminderung der Arbeitslosigkeit um 559.000 kompensiert wird¹⁾. Der hohe Armeestand ist die wichtigste potentielle Quelle zur Verminderung der Arbeiterknappheit. Eine Reduzierung der Truppenstärke auf den Vorkriegsstand würde den Arbeitsmarkt wesentlich entspannen. Dieser Schritt wird heute besonders in gewissen Kreisen der liberalen und der Arbeiterpartei gefordert und gewinnt dadurch noch zusätzlich an Bedeutung, daß die mit April dieses Jahres eingeführte Verlängerung der Schulpflicht auf 15 Jahre einen Ausfall von rund 160.000 jugendlichen Arbeitskräften mit sich bringt. Die gegenwärtigen Pläne der Regierung, die nicht nur durch wirtschaftliche, sondern auch durch außenpolitische Erwägungen beeinflusst werden, zeigen jedoch nur ein leichtes Entgegenkommen gegenüber diesen Forderungen, da für März 1948 noch immer mit einem Armeestand von knapp über 1.000.000 gerechnet wird, so daß — zusammen mit den Rüstungsarbeitern — ungefähr 1,300.000 Personen der normalen Friedensproduktion entzogen sein werden.

¹⁾ Hier sind die demobilisierten, aber noch nicht in den Arbeitsprozeß eingereihten Soldaten als arbeitslos gerechnet, obwohl sie sowohl technisch als auch praktisch nicht in diese Kategorie gehören.

Noch zwei weitere Möglichkeiten bestehen, den in Anbetracht der gestellten Aufgaben generellen Mangel an Arbeitskräften zu mildern: eine Steigerung der Produktivität und die Einwanderung ausländischen Arbeiter²⁾.

Die Steigerung der Produktivität der britischen Industrie, die Modernisierung des Maschinenparks, ist eine Aufgabe, die durch die Kriegsergebnisse zwar dringlicher wurde, aber keineswegs erst durch diese verursacht wurde. Während des Krieges — im April 1943 — erschien im „Economic Journal“ ein vielbeachteter Artikel des bekannten Nationalökonom und Statistikers *Rostas*, in dem er auf Grund der Produktionserhebungen der Vorkriegsjahre die Produktivität per Arbeitsstunde in der englischen, amerikanischen und deutschen Industrie vergleicht. Er kommt zu dem Resultat, daß sich die Produktivität der deutschen und englischen Industrie ungefähr auf demselben Niveau befand, während die amerikanische Industrie durchschnittlich eine mehr als doppelt so hohe Produktivität aufzuweisen hatte, die in gewissen Massenproduktionsbetrieben — wie z. B. der Automobilindustrie — auf mehr als das vierfache der englischen Produktivität anstieg.

Dieser Artikel sowie eine Reihe von Untersuchungen in spezifischen Industrien zeigten, daß England heute zum Teil an seiner frühen industriellen Entwicklung leidet; sein Maschinenpark und in gewissen Fällen auch seine Methoden sind überaltert. Das industrielle Investitionsprogramm Englands ist also nicht nur ein Wiederaufbauprogramm, das die Kriegsschäden zu beheben und vernachlässigte Instandhaltungsarbeiten nachzuholen hat, sondern es hat auch die Aufgabe, eine längst überfällige, durch Wirtschaftskrise, Stagnation und monopolistische Entwicklungen früher in den Hintergrund gedrängte Modernisierung durchzuführen.

Das gewaltige Ausmaß der nötigen Kapitalinvestitionen war auch einer der Gründe für die Verstaatlichung der Kohlengruben und der Transportindustrie, da aus privaten Mitteln die nötigen Kredite wahrscheinlich nie beigestellt worden wären. In den nichtverstaatlichten Industrien, bei denen das Problem des Arbeitermangels und der Moderni-

²⁾ Es sei hier auch auf das großzügige Programm zur Einstellung kriegsbeschädigter und körperlich behinderter Arbeiter hingewiesen. Jeder größere Betrieb muß eine gewisse Anzahl dieser Arbeiter einstellen und spezielle staatliche Fabriken werden diejenigen absorbieren, die in den normalen Wirtschaftsprozess nicht eingereiht werden können.

sierung besonders im Vordergrund steht, wurden sogenannte „working parties“, bestehend aus Unternehmern, Gewerkschaftern und Volkswirten eingesetzt, die detaillierte Untersuchungen über die zu unternehmenden Schritte geführt haben. Das Ausmaß und der Erfolg dieser Modernisierungsmaßnahmen sind nicht nur von ausschlaggebender Bedeutung im Kampf gegen den Mangel an Arbeitskräften, sondern auch für die Stellung Englands in der Weltwirtschaft.

Auch die Möglichkeit, die Arbeiterknappheit durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte zu mildern, hat Beachtung gefunden und es wurde für das Jahr 1947 zunächst die Einwanderung von 100.000 Personen geplant. Nichtsdestoweniger kann von dieser Seite her keine wesentliche Erleichterung des Problems erwartet werden. Da geschätzt wird, daß ungefähr 50% der Produktion eines Arbeiters für seine eigene Lebenshaltung Verwendung finden, ergibt sich, daß für jeden Einwanderer, der dem Wiederaufbau hilft, ein weiterer Einwanderer benötigt wird, um ihn (und sich selbst) zu erhalten. 100.000 Einwanderer bedeuten daher nur einen Nettogewinn von 50.000 Arbeitskräften und das — oder selbst ein Vielfaches davon — ist nur ein sehr geringer Zuwachs bei einer Gesamtarbeitsbevölkerung von ungefähr zwanzig Millionen.

Die berufliche Verteilung der Arbeitskräfte

Die Bedeutung der Einwanderung liegt jedoch nicht so sehr in ihrer Gesamtzahl als vielmehr darin, daß sie selektiv sein soll, d. h. daß die Einwanderer für jene Industrien ausgesucht werden sollen, die besonders an Arbeitermangel leiden und dadurch zu Engpässen für eine große Anzahl anderer Industriezweige geworden sind. Die Kohlengruben, mit denen wir uns noch zu befassen haben, sind das Musterbeispiel für einen solchen Fall. Ähnliches gilt aber auch für eine Reihe anderer wichtiger Industrien, wie die nachstehende Übersicht zeigt. Das Hauptproblem des englischen Arbeitsmarktes ist eben heute nicht so sehr der generelle Mangel an Arbeitskräften, sondern die unorganische Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige.

Wie nicht anders zu erwarten, brachte der Krieg weitgehende Verschiebungen in der beruflichen Verteilung der Arbeitskräfte mit sich. Die Metallindustrie schwoll gewaltig an und obwohl sie seit Beendigung des Krieges bis Dezember 1946 534.000 Arbeitskräfte verlor, waren zu diesem Zeitpunkt noch immer 533.000 Personen mehr in ihr beschäftigt als im Juni 1939. Dieser Zuwachs mag allerdings zum großen Teil dauernd gerechtfertigt sein,

Berufliche Verteilung der Arbeitskräfte

	Juni 1939	Juni 1945 in 1000	Juni 1946	Dezember 1946
Kohlenindustrie)	773	738	736	730
Wasser, Gas, Elektrizität	242	196	240	258
Transportwesen	1.233	1.252	1.368	1.373
Ackerbau und Fischerei	950	1.041	1.078	1.081
Baugewerbe	1.310	722	1.184	1.250
Baumaterialien	645	446	575	628
Metallindustrie	2.278	3.345	2.715	2.811
Textil- und Bekleidungs- industrie	1.803	1.150	1.330	1.405
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	654	518	566	597
Chemische Industrie	266	423	315	324
Andere Industrien	1.269	999	1.155	1.265
Handel	2.887	1.958	2.170	2.304
Dienstleistungen	2.225	1.598	1.884	1.966
Öffentlicher Dienst	1.465	2.030	2.099	2.130

¹⁾ Die Ziffern hier übersteigen jene, welche im Abschnitt über die Energie angegeben wurden, da nicht nur die Grubenarbeiter, sondern alle in der Kohlenindustrie Beschäftigten eingeschlossen sind.

da die Metallindustrie heute einen führenden Anteil an Englands Ausfuhr hat und 705.000 Arbeiter in ihr für den Export arbeiten gegen nur 390.000 im Jahre 1939.

Auch die Vermehrung der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten, die ebenfalls durch den Krieg bedingt war, dürfte von Dauer sein. Von den normalen Einfuhrquellen zum Teil abgeschnitten, gelang es durch die Mobilisierung von Arbeitskräften — insbesondere Frauen — und durch weitgehende Mechanisierung¹⁾, die England heute zum höchstmechanisierten landwirtschaftlichen Land der Erde macht, die Fläche des kultivierten Bodens zwischen 1939 und 1944 um 65% zu steigern und auf diese Art — unterstützt durch eine Umstellung in der Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Produkte — den Kalorien- und Proteingehalt der heimischen Produktion um 70% zu erhöhen und die Einfuhr von Nahrungsmitteln um 50% herabzusetzen.

Entwicklung der Landwirtschaft

	1939	1944	1945	1946
Bebautes Land in 1000 acres ¹⁾	8.813	14.548	13.849	13.311
Ernteerträge in 1000 t				
Weizen	1.645	3.138	2.176	1.840
Hafer	2.003	2.953	3.245	2.701
Kartoffeln	5.218	9.096	9.791	9.924
Zuckerrüben	3.529	3.267	3.886	4.468
Rinderbestand in 1000	8.872	9.501	9.616	9.652

¹⁾ 1 acre = 0,4047 ha.

¹⁾ Die Zahl der Traktoren stieg von 60.000 auf 190.000.

Die geänderte weltwirtschaftliche Lage Englands und die Notwendigkeit, Importe soweit wie möglich durch eigene Produktion zu ersetzen, macht es nun wünschenswert — und dies ist auch das Programm der Regierung —, der Landwirtschaft auch weiterhin einen wichtigeren Platz einzuräumen, als dies vor dem Kriege der Fall war. Dadurch wird es notwendig, den Arbeiterzuwachs zu erhalten und womöglich zu vergrößern, da die vorjährige und diesjährige Ernte nur durch die Verwendung von deutschen Kriegsgefangenen gesichert werden konnte. Wie weit das allerdings möglich sein wird, ist schwer abzuschätzen, da gegenwärtig noch eine Kriegsverordnung landwirtschaftlichen Arbeitern das Verlassen ihres Berufes untersagt, und es ist nicht vorzusehen, ob und in welchem Ausmaß die Aufhebung dieser Verordnung zu einer Landflucht führen wird.

Während so die Zahl der Arbeiter in der Kriegsindustrie und in der Landwirtschaft wuchs, erlitt die Friedensindustrie schwere Verluste, von der sie sich bis jetzt nur unvollständig erholt hat. Neben dem Kohlenbergbau ist die Lage besonders ernst in den Baustoffindustrien, wo einem Rückgang der Arbeiterzahl um 199.000 zwischen Juni 1939 und Juni 1945 nur eine Zunahme von 182.000 bis Ende 1946 gegenübersteht, und in der Textil- und Bekleidungsindustrie, wo für dieselben Zeiträume die Abnahme 653.000 und die Zunahme nur 255.000 Personen betrug. In einzelnen Branchen dieser Industriezweige, die oft eine Schlüsselstellung einnehmen, ist das Mißverhältnis besonders groß. So waren z. B. in den Ziegelbrennereien Ende 1946 nur 67.000 Arbeiter gegen 96.000 im Juni 1939. In den Baumwollwebereien waren die entsprechenden Zahlen 111.000 und 155.000 Personen. Diese Mangelercheinungen hemmen nicht nur das Wohnbauprogramm oder den Export, sondern können darüber hinaus Arbeitslosigkeit in anderen Industrien verursachen.

Es ergibt sich daher die Aufgabe, die Arbeitskräfte zweckentsprechender zu verteilen. Dies soll, wie bereits erwähnt wurde, bis zu einem gewissen Grade durch Einwanderung erreicht werden. Darüber hinaus ist es wichtig, die demobilisierten Soldaten, schulentlassenen Jugendlichen und unbeschäftigten Frauen für die unterbesetzten Industrien zu interessieren sowie eine gewisse Umschichtung unter den bestehenden Berufen zu veranlassen. Hier ist es insbesondere der Sport- und Vergnügungssektor und bis zu einem gewissen Grade der öffentliche Dienst, die für eine Abwanderung in Frage kommen. Eine kürzlich durchgeführte verlässliche

Schätzung hat ergeben, daß durch das Wettgewerbe (Pferderennen, Hunderennen und Fußballtotalisator) allein mehr als 300.000 Menschen direkt oder indirekt beschäftigt werden, also mehr als dreimal soviel Leute, als man durch Einwanderung gewinnen will. Auch der öffentliche Dienst ist während der Kriegszeit bedeutend angeschwollen, so daß er Ende 1946 mit der stattlichen Zahl von 2.130.000 um 665.000 Personen mehr beschäftigte als im Jahre 1939, wobei allerdings zu bemerken ist, daß in dieser Summe zirka 250.000 Postangestellte, zahlreiche Lehrer sowie eine gewisse Zahl von Industriearbeitern eingeschlossen sind. Nichtsdestoweniger können auf diesem Gebiet Einschränkungen gemacht werden und wurden auch bereits in der ersten Hälfte dieses Jahres geplant, obwohl eine Rückkehr zum Stand des Jahres 1939 in Anbetracht der weitaus größeren Mitwirkung des Staates im wirtschaftlichen Leben kaum in Frage kommt.

Die Schwierigkeit besteht nun darin, jene wirtschaftspolitischen Mittel zu finden, welche die neuen und die bereits beschäftigten Arbeitskräfte veranlassen, die weniger wichtigen Berufe aufzugeben und sich den für die Volkswirtschaft entscheidenden zuzuwenden. Eine zwangsweise Lenkung, wie sie im Krieg gehandhabt wurde, kommt wohl in Friedenszeiten nicht in Frage und wird auch von der Regierung ebenso wie von den Gewerkschaften abgelehnt. Bis zu einem gewissen Grad hofft man durch eine strengere Kontrolle der Rohstoffzuteilung und insbesondere der Kohlenverteilung die Beschäftigung der unwichtigeren Industrien zu begrenzen.

Darüber hinaus wird es aber immer offensichtlicher, daß gegenwärtig eine harmonische Verteilung der Arbeitskräfte an der Unzulänglichkeit der Lohnstruktur scheitert. Trotz weitgehender Lohnverschiebungen, die während des Krieges stattfanden und besonders die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter begünstigten, sind die gegenwärtigen *relativen* Löhne noch sehr stark durch die Vorkriegsverhältnisse beeinflusst. Der Wechsel von einer mit Arbeitslosigkeit behafteten zu einer vollbeschäftigten Wirtschaft mit einer andersgearteten Nachfrageschichtung hat jedoch diese Lohnstruktur unbrauchbar gemacht. Denn während es in der Vorkriegszeit möglich war, für schmutzige, gefährliche oder mühsame Berufe selbst für Unterdurchschnittslöhne Arbeitskräfte zu bekommen, weil einfach die Arbeitslosigkeit sie dazu trieb, so genügen heute, wo dem Arbeiter verschiedene Möglichkeiten offenstehen, solche Löhne nicht mehr, um ihn in diese Berufe zu ziehen oder ihn dort zu halten. Die Frage der besseren Verteilung der Arbeitskräfte

hängt somit eng mit einer Änderung der Lohnstruktur zusammen, die darauf hinzielen muß, die Entlohnung in ein engeres Verhältnis zur Wichtigkeit und zur Unannehmlichkeit eines Berufes zu bringen. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde gemacht, als Emanuel *Shinwell*, der für die verstaatlichten Kohlengruben zuständige Minister, den Grubenarbeitern eine „Miners Charter“ zusicherte, welche ihnen nicht nur wesentliche Lohnerhöhungen und die Fünftagewoche gibt, sondern ihnen auch eine bevorzugte Stellung in der Warenbeschaffung und im Wohnbauprogramm einräumt. Ähnliche Schritte werden aber auch auf anderen Gebieten — insbesondere in gewissen Sparten der Baumaterialien- und der Textilindustrie — nötig sein, soll nicht das Aufbauprogramm und die Vollbeschäftigung durch entscheidende Engpässe gehemmt werden.

Energieversorgung und Produktion

Das Kohlenproblem

Für ein hochindustrialisiertes Land wie England bedeutet Kohle das Um und Auf allen Wirtschaftens. Es waren vor allem die Kohlen- und Eisenvorkommen Englands, die ihm die industrielle Führung im 19. Jahrhundert gaben, und bis zum Ausbruch des Krieges waren die Kohlenexporte ein wichtiger Bestandteil der englischen Ausfuhr, von der sie im Jahre 1938 mit einem Werte von 37,404.000 Pfd. St. ungefähr 8% betrugen.

Heute leidet England trotz einer auf ein Minimum eingeschränkten Kohlenausfuhr an einem empfindlichen Kohlenmangel, der im vergangenen Winter zu einer weitgehenden Schließung von Fabriken führte und auch weiterhin eines der Haupthindernisse für eine rasche Ausdehnung der industriellen Produktion bildet.

Der Kohlenmangel ist ein Beispiel für jene Vermischung von langfristigen Entwicklungstendenzen und unmittelbaren Kriegseinflüssen, die bereits in der Einleitung erwähnt wurde. Englands Kohlenproduktion erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1913 mit einer Jahresförderung von 292,043.000 t. Während des ersten Weltkrieges fiel die Produktion, bis sie 1921 den Tiefstand von 165,871.000 t erreichte,

Kohlenproduktion in England zwischen den beiden Kriegen

Zeit	Jahresdurchschnitt in 1000 t	Zeit	Jahresdurchschnitt in 1000 t
1921 bis 1925	249.079	1931 bis 1935	259.118
1926 bis 1930	226.779 ¹⁾	1936 bis 1938	235.063

¹⁾ Die niedrige Förderung ist auf den durch den Generalstreik im Jahre 1926 verursachten Produktionsausfall zurückzuführen.

von dem sie sich dann rasch erholte, ohne jedoch je wieder das Vorkriegsniveau zu erreichen.

Die Ursachen für die Abnahme der Kohlenproduktion waren verschiedene. Erstens wurden die leicht zugänglichen Kohlengruben allmählich erschöpft und kostspieligere Gruben mußten in Angriff genommen werden. Zweitens verringerte die größere ausländische Konkurrenz auf den Exportmärkten die Rentabilität der Kohlenindustrie, was schließlich dazu führte, daß die Gewinne mehr und mehr aus dieser Industrie herausgezogen und anderweitig investiert wurden. Dadurch arbeitete der englische Bergbau in steigendem Maße mit veralteten Maschinen, so daß seine Produktivität hinter Deutschland, Polen und anderen Kohle produzierenden Ländern zurückblieb. (Dies ging deutlich aus dem sogenannten Reid Report hervor, einem Bericht einer während des Krieges eingesetzten Kommission von Bergbauingenieuren, der die technischen Schwächen der britischen Kohlenindustrie zu untersuchen hatte.) Schließlich führten die Depression in der Kohlenindustrie und die damit verbundenen Lohnkämpfe dazu, daß unter den Bergarbeitern und deren Söhnen das Verlangen wuchs, sich anderen Beschäftigungen zuzuwenden.

So bestand in England schon bei Ausbruch des Krieges eine Lage, die den Keim künftiger Schwierigkeiten in sich trug. Die Situation wurde noch durch einen Fehler verschärft, der nach dem Fall Frankreichs begangen wurde. Nachdem Frankreich aus dem Kriege ausgeschieden war und keine Kohle mehr dorthin exportiert wurde, glaubte man, daß dadurch weniger Grubenarbeiter benötigt würden, und man begann, die jüngeren von ihnen in die Armee einzuberufen. Bald stellte sich aber heraus, daß mit einer vollbeschäftigten Wirtschaft der heimische Bedarf weit über das Vorkriegsniveau anwuchs und daß mehr Kohle benötigt wurde, als mit der reduzierten Zahl von Grubenarbeitern produziert werden konnte. Die Bemühungen, die dann sofort einsetzten, um mehr Arbeiter in die Gruben zu bringen, litten aber daran, daß die schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit sowohl frühere Grubenarbeiter als auch neue Arbeitskräfte abhielten, in größerem Umfang den Aufrufen der Regierung Folge zu leisten. Die Kohlenproduktion ging empfindlich zurück — auf 189 Mill. t im Jahre 1946 —, weil weniger Arbeiter beschäftigt waren und außerdem die Produktion pro Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit gesunken war. (Dies ist auf die veränderte Altersstruktur der Arbeiterschaft, den Mangel an Maschinen und eine durch die Kriegsanspannung bedingte erhöhte Abwesenheit zurückzuführen.)

Zahl und Produktivität der Grubenarbeiter (Wochendurchschnitte)

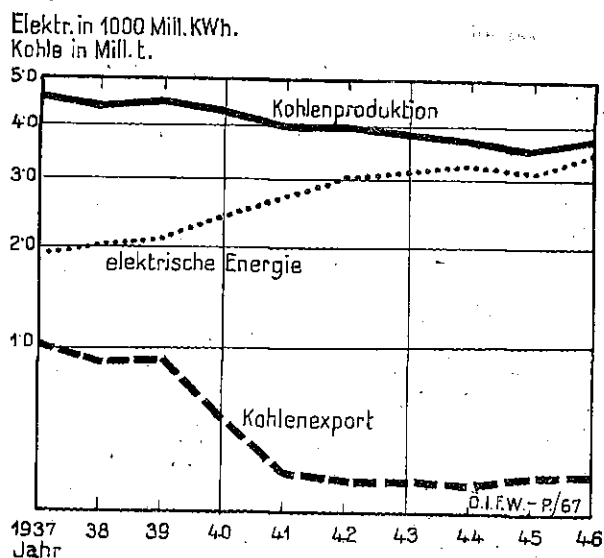
Jahr	Gruben- arbeiter in 1000	Schichtleist. in t pro Kopf	Jahr	Gruben- arbeiter in 1000	Schichtleist. in t pro Kopf
1937	778	1'17	1944	710	1'00
1938	782	1'14	1945	709	1'00
1939	766	1'14	1946	697	1'03
1940	749	1'10	1947		
1941	698	1'07	Jänner	694	1'06
1942	709	1'05	Februar	694	1'05
1943	708	1'03	März	703	1'05

Produktion und Verbrauch von Kohle (Wochendurchschnitte)

Jahr	Produktion	Gesamt in 1000 t	Verbrauch Inland in 1000 t	Export
1937	4.610	4.610	3.610	1.000
1938	4.353	4.353	3.463	890
1939	4.437	4.437	3.543	894
1940	4.290	4.283	3.771	512
1941	3.957	3.950	3.775	175
1942	3.930	3.948	3.868	140
1943	3.815	3.815	3.675	140
1944	3.688	3.720	3.602	118
1945	3.506	3.597	3.440	157
1946	3.632	3.722	3.554	168
1947				
Jänner	3.707	4.161	4.039	122
Februar	3.777	4.054	3.942	112
März	3.844	3.915	3.822	93

Die Regierung plant, durch eine weitgehende Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Zahl der Grubenarbeiter im Laufe dieses Jahres auf 730.000 zu heben und durch Mechanisierung die Produktivität der Arbeit zu steigern. Tatsächlich ist es gelungen, seit der Verstaatlichung der Kohlengruben

Abb. 3. Erzeugung von Kohle und elektrischer Energie — Kohlenexport
(Logarithmischer Maßstab.)



zu Beginn dieses Jahres, den Arbeiterzustrom etwas zu beleben und die Produktion nach und nach zu steigern. Der Rationalisierungsprozeß wird jedoch längere Zeit in Anspruch nehmen und selbst wenn, wie geplant, die Kohlenproduktion von 189 Mill. t im Jahre 1946 auf 220 Mill. t in diesem Jahr erhöht werden kann, so wird es im kommenden Winter noch immer notwendig sein, mit Kohle zu sparen, um eine neuerliche Energiekrise zu vermeiden.

Nun noch einige Worte über die Elektrizitätswirtschaft. In einem Land, in dem fast die gesamte Elektrizität durch Kohle erzeugt wird, kann eine Kohlenkrise nicht einfach durch Übergang zum Elektrizitätsverbrauch gelöst werden. Nichtsdestoweniger war die Elektrizitätsknappheit des vergangenen Winters nicht einfach eine Folge der Kohlenknappheit, sondern vor allem die einer außerordentlich stark angestiegenen Nachfrage. Schon seit Jahren macht sich in der Industrie die Tendenz geltend, die Dampfkraft durch Elektrizität zu ersetzen, und auch in den Haushalten ist der Bedarf durch die nun überall erhältlichen elektrischen Geräte aller Art stark gestiegen, so daß selbst die weit über das Vorkriegsniveau gesteigerte Elektrizitätsproduktion nicht ausreichend ist.

Produktion elektrischer Energie (Monatsdurchschnitte)

Jahr	Mill. kWh	Jahr	Mill. kWh
1937	1.909	1944	3.196
1938	2.031	1945	3.106
1939	2.201	1946	3.437
1940	2.398	1947	
1941	2.697	Jänner	4.671
1942	2.971	Februar	3.680
1943	3.079	März	3.983

Der Engpaß liegt hier nicht so sehr in der Kohlenknappheit als vielmehr in der ungenügenden Kapazität der Elektrizitätswerke. Da die Kapazität nur langsam erweitert werden kann, während andererseits ein weiteres Ansteigen des Bedarfes erwartet wird, rechnet man, daß die Schwierigkeiten in der Elektrizitätsversorgung bis 1949 anhalten werden. Zu diesem Zeitpunkt hofft man, daß auch die Fertigstellung der hydro-elektrischen Werke in Schottland sowie eine gewisse Umstellung auf Ölfuerung die Energiewirtschaft entlasten werden.

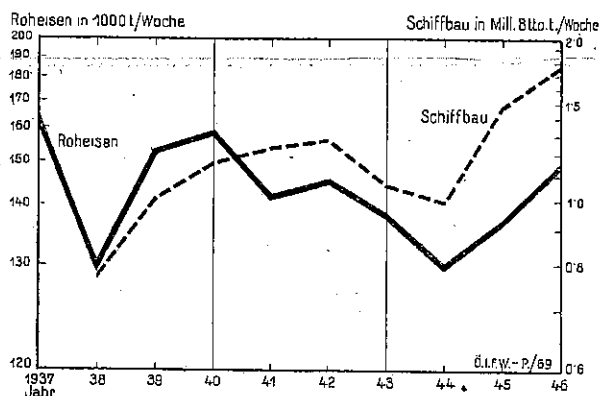
Gewerbliche Produktion

Die Kohlenversorgung steht infolge ihrer überragenden Bedeutung für die gesamte Industrie im Mittelpunkt des Problems der Produktionssteigerung. Daneben wurde die Entwicklung der gewerb-

lichen Produktion jedoch noch von einer Reihe anderer, teils hemmender und teils fördernder Faktoren beeinflusst. Aus der Fülle der englischen Produktionsstatistiken können hier nur einige wenige Zweige herausgegriffen werden, die für die Bewegung in den wichtigsten Industrien repräsentativ sind.

Jene Industrien, die für den Kriegsbedarf arbeiteten, konnten trotz Zerstörungen und Roh-

Abb. 4. Entwicklung der Produktionsmittelindustrien (Logarithmischer Maßstab.)



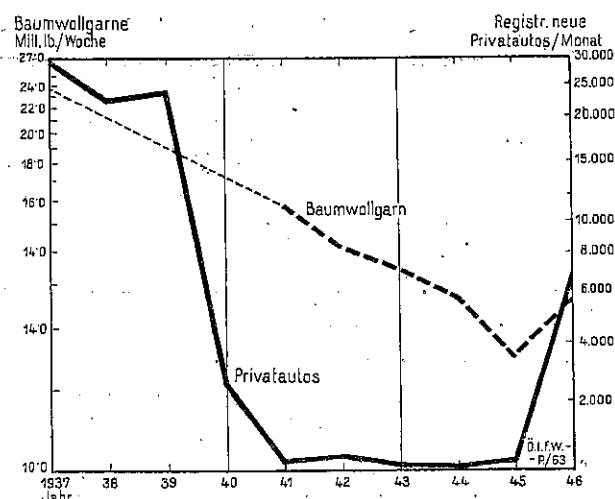
materialschwierigkeiten auch nach dem Kriege noch ihre Produktion auf dem Vorkriegsniveau erhalten oder sogar noch wesentlich darüber hinaus erweitern. So lag die Roheisen- und Stahlbarrenproduktion mit einem Wochendurchschnitt von 149.000 und 244.000 t im Jahre 1946 über dem Niveau des Jahres 1938 (130.000 und 200.000 t), wenn sie auch nicht die Produktionsziffern des Konjunkturjahres 1937 (163.000 und 250.000 t) oder der ersten Kriegsjahre erreichte. Andere Industrien, wie die chemische und die Schiffsbauindustrie, die vor dem Kriege vernachlässigt waren oder unter Krisenerscheinungen litten, entwickelten sich wesentlich über den Vorkriegsstand hinaus. So standen im Jahre 1946 Schiffe mit einem Fassungsraum von 1.764.000 Bruttotonnen im Bau, verglichen mit nur 780.000 t im Jahre 1938. Die Erzeugung von Schwefelsäure und anderen Chemikalien zeigt eine ähnliche, wenn auch nicht so krasse Entwicklung.

Diese Erhaltung und Steigerung der Produktion in den kriegswichtigen Betrieben steht ein Produktionsrückgang in den ausgesprochenen Friedensindustrien gegenüber, die einen schweren Ausfall an Arbeitskräften erlitten. So wurden im Jahre 1937 fast 24 Mill. lbs. Baumwollgarn pro Woche erzeugt, im Jahre 1946 aber nur 12.73 Mill. lbs., also nur noch die Hälfte. Die Produktion von

Papier und Pappe sank von 35.000 t pro Woche im Jahre 1939 auf 19.000 t im Jahre 1943, erholte sich dann aber wieder und erreichte im Jahre 1946 27.000 t.

Die Produktion und der Verbrauch fertiger Konsumgüter nahm einen sehr verschiedenen Verlauf, je nach den besonderen Bedingungen, unter denen die verschiedenen Industrien zu arbeiten hatten. Einerseits wirkten Rohstoff- und Arbeiter-

Abb. 5. Entwicklung der Konsumgüterindustrien (Logarithmischer Maßstab.)



mangel hemmend, während andererseits die Vollbeschäftigung Absatzmöglichkeiten schuf, die weit über das Vorkriegsniveau hinausgehen. Aus diesem Grund erhöhte sich der Bierverbrauch von 2.06 Mill. barrels pro Monat im Jahre 1937 auf 2.61 Mill. im Jahre 1946; ähnlich stieg der Zigarettenkonsum. Auf anderen Gebieten ließen aber die Mangelerscheinungen eine Ausdehnung der Erzeugung nicht zu. So fiel die Produktion von Damenstrümpfen von einem Monatsdurchschnitt von 24 Mill. Paar im Jahre 1937 auf 14 Mill. im Jahre 1946, während die Zahl der in Betrieb genommenen neuen Privatautos von einem Monatsdurchschnitt von 26.687 Stück im Jahre 1937 auf 6.716 Stück im Jahre 1946 zurückging, nachdem sie im Jahre 1944 den Tiefstand von 26 Stück erreicht hatte.

Einzelne Industrien, die überwiegend für den Kriegsbedarf arbeiteten, konnten sich sehr leicht auf Konsumwaren umstellen und auf diese Art ihre Vorkriegsproduktion wesentlich übersteigen. Die Erzeugung von elektrischen Öfen z. B. sank zunächst von einem Monatsdurchschnitt von 115.000 Stück im Jahre 1937 auf nur 52.000 Stück im Jahre 1945, konnte aber, nach der Einschränkung der Militärbestellungen, auf 217.000 Stück im

Jahre 1946 hinaufschmellen. Diese Steigerung der Produktion von elektrischen Geräten — die Erzeugung von elektrischen Öfen wurde nur als ein Beispiel herausgegriffen — illustriert deutlich die Notwendigkeit, die Produktionsentwicklung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zu koordinieren, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Denn es ist größtenteils die Überschwemmung mit elektrischen Geräten gewesen, die den privaten Bedarf für elektrischen Strom anwachsen ließ und dadurch die Planung der Stromverteilung aus dem Gleichgewicht brachte.

Der Rückgang der Erzeugung von Baumaterialien stellt zusammen mit der Schwierigkeit des Holzimportes eine ernste Gefährdung des umfangreichen Wohnbauprogrammes der englischen Regierung dar. So fiel die Produktion von Ziegeln zwischen 1938 und 1946 um mehr als die Hälfte — von 650 Mill. St. pro Monat auf 287 Mill. — und die Zementproduktion sank in derselben Periode von 643.000 auf 548.000 t.

Die Produktion als Ganzes (die vorläufig noch nicht in einem Produktionsindex zusammengefaßt wird) schneidet bei einem Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht unvorteilhaft ab, doch sind tiefgehende Verschiebungen in der Struktur der Produktion eingetreten, die schwierige Probleme aufwerfen. Da heute ein weitaus größerer Teil der Produktion für den Export bereitgehalten werden muß als im Jahre 1938, hat auch das heimische Güterangebot keineswegs mit der Steigerung der Produktion Schritt gehalten. Schließlich zeigen die Daten für Februar 1947 deutlich, wie sehr die Kohlenkrise dieses Monats das bereits Erreichte wieder beeinträchtigt hat. Vom Jänner zum Februar fiel die Produktion bei Roheisen um 16%, bei Stahlbarren um 14%, bei Baumwollgarnen um 50%, bei Schwefelsäure um 25% und bei Schuhen um 56%.

Währung, Preise und Einkommen

Den Fragen der Zahlungsbilanz, des Arbeitsmarktes und der Energieversorgung wurde ein breiterer Platz eingeräumt, da auf diesen Gebieten die spezifisch englischen Probleme am stärksten zum Ausdruck kommen. Wir müssen uns nun gewissen anderen Erscheinungen des Wirtschaftslebens zuwenden, bei denen die Erfahrungen Englands mit denen anderer Länder stärker übereinstimmen, die aber nichtsdestoweniger für ein besseres Verständnis der Lage von Bedeutung sind.

Wie in allen kriegsführenden Staaten — ja, wie in *allen* Staaten während der Kriegszeit —

mußte auch in England das Geldvolumen beträchtlich erhöht werden, da Besteuerung und Anleihen allein nicht genügt hätten, dem Staat rasch und reibungslos die Kontrolle über alle jene Güter zu geben, die für die Kriegführung benötigt wurden. Auch nach Beendigung des Krieges hielt der Ausdehnungsprozeß, vor allem infolge der „Politik des billigen Geldes“ (siehe S. 16), weiter an.

Noten und Münzen im Umlauf

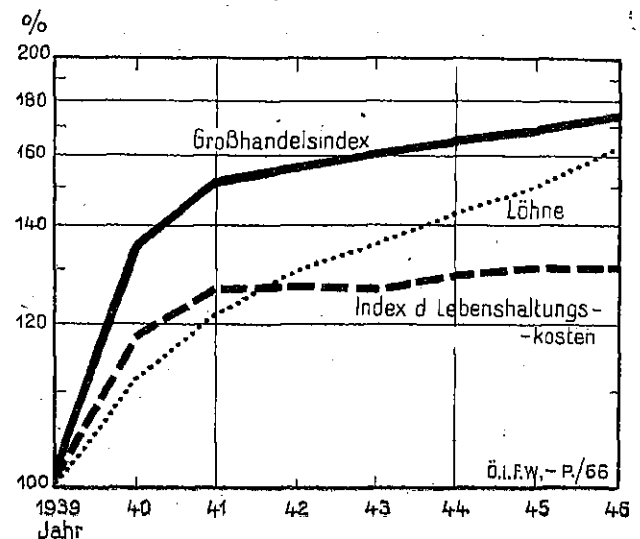
	Mill. £		Mill. £
1938	529'5	1943	1.003'1
1939	547'9	1944	1.166'6
1940	608'1	1945	1.310'8
1941	685'9	1946	1.403'1
1942	844'7	1947 (Jän.—April)	1.450'2

Diese starke Zunahme des Geldvolumens, verbunden mit der durch den Krieg bedingten Verringerung der Verbrauchsgüter, übte einen sehr starken inflationistischen Druck auf die Wirtschaft

Preisindexziffern

Jahr	Großhandelspreise	Lebenshaltungskostenindex des Arbeitsministeriums 1938 = 100	Preisindex für Verbrauchsgüter des Zentralamtes für Statistik
1939	101	101	102
1940	135	118	119
1941	151	127	130
1942	157	128	139
1943	160	127	143
1944	164	129	146
1945	168	130	149
1946	173	130	154
1947 Jänner	179	132	.
Februar	181	131	.
März	181	132	.
April	.	131	.

Abb. 6. Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten
(Logarithmischer Maßstab.)

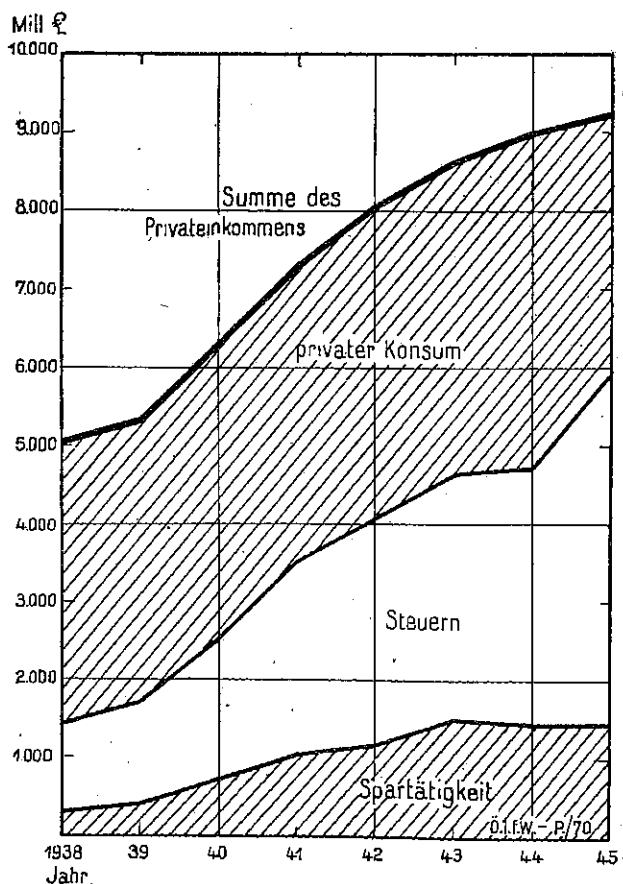


aus. Es ist jedoch im großen und ganzen gelungen, die Aufwärtsentwicklung der Preise in engen Grenzen zu halten.

Dem Lebenshaltungskostenindex des Arbeitsministeriums kann nur ein geringer Wert beigemessen werden, da er bereits vor dem Krieg überholt war (er basiert auf einer im Jahre 1904 durchgeführten Untersuchung von 2000 Arbeiterhaushaltsrechnungen). Die subventionierten Preise der Grundnahrungsmittel sind in ihm zu stark gewichtet, so daß er ein viel unrealistischeres Bild über die Preisverschiebungen gibt als der Index des statistischen Zentralamtes, der auf Grund der tatsächlich gekauften Güter errechnet ist¹⁾.

Das Zurückbleiben der Preiserhöhungen hinter der Vermehrung des Geldvolumens wurde durch weitgehende Kontrollmaßnahmen erreicht, die, im Gegensatz zur Periode nach dem ersten Weltkrieg, auch während der Übergangsperiode aufrecht erhalten bleiben. Zunächst wurde durch ein straffes

Abb. 7. Anteil der Steuern und der Spartätigkeit an den Privateinkommen
(Natürlicher Maßstab.)



¹⁾ Das heißt, er benutzt die Formel $\frac{\sum p_1 \cdot q_1}{\sum p_0 \cdot q_1}$

Anspannen der direkten und indirekten Steuern ein wachsender Teil der Privateinkommen dem Markt entzogen. Der Anteil der Steuern an der Summe der Privateinkommen der Bevölkerung stieg von 23% im Jahre 1938 auf 36% im Jahre 1944. Seither haben gewisse Steuererleichterungen den Prozentsatz wieder etwas gesenkt, aber verglichen mit der Vorkriegszeit ist die Besteuerung Englands noch immer sehr hoch.

Ein weiterer Faktor, der die wachsende Kaufkraft zum Teil neutralisierte, war eine großzügig angelegte Sparpropaganda mit einem weiten Netz freiwilliger Spargruppenführer — eine Organisation, die auch heute noch funktioniert —, durch die der Sparwille der Bevölkerung außerordentlich vertieft und verbreitert wurde. So gelang es, den Prozentsatz der ersparten privaten Bruttoeinkommen (Spareinlagen und Geschäftsreserven) trotz der erhöhten Steuerabzüge von 6% im Jahre 1938 auf 17% im Jahre 1943 zu heben; seit dieser Zeit ist er ständig gefallen, ohne jedoch bis jetzt zum Vorkriegsniveau zurückzukehren.

Steuerlast und Spartätigkeit

Jahr	Steuerlast		Spartätigkeit	
	in Mill. £	in % der Privateinkommen	in Mill. £	in % der Privateinkommen
1938	1.132	23	310	6
1939	1.337	25	393	7
1940	1.778	28	767	12
1941	2.461	34	1.039	14
1942	2.878	36	1.189	15
1943	3.132	36	1.506	17
1944	3.233	36	1.480	16
1945	3.200	34	1.480	16

Soweit eine Tendenz zu einer zügellosen Inflation trotz Steuer- und Sparmaßnahmen noch besteht, wird sie durch ein äußerst wirksames und praktisch alle Wirtschaftsgebiete umfassendes System der Preiskontrolle und der Rationierung im Zaume gehalten. Die Wirksamkeit dieses Systems ist am besten daran zu erkennen, daß sowohl in der Kriegszeit als auch gegenwärtig der Schleichhandel — vielleicht mit der einzigen Ausnahme des Baugewerbes — im englischen Wirtschaftsleben nur eine verschwindende Rolle spielt.

Die entscheidende Gefahr einer haltlosen Inflation und eines Zusammenbruches der Währung entsteht allerdings nicht während des Krieges, sondern in der Nachkriegszeit. Aus politisch-psychologischen Gründen müssen in dieser Periode gewisse Steuererleichterungen zugestanden werden und der lang aufgeschobene Ankauf von Waren und Ma-

schinen sowie die Auflockerung des patriotischen Sparwillens führen zu einer Tendenz, die angehäuften Sparguthaben und Geschäftsreserven zu einer Zeit zu benützen, wo das von der Friedensindustrie erzeugte Gütervolumen noch nicht groß genug ist, diesen Geldstrom ohne rapide Preissteigerung aufzufangen. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo die Friedensindustrie sogar während des Krieges ihre Produktion steigern konnte und der Umstellungsprozeß sehr rasch von statten ging, brachten es solche Umstände mit sich, daß die Großhandelspreise, die in den 6½ Jahren von Juni 1939 bis November 1945 nur um 39% gestiegen waren, in einem einzigen Jahr — bis November 1946 — um 27% stiegen.

Soll daher eine aufwärtstrebende Preisdynamik, die mit dem unvermeidlichen Nachfolgen der Löhne schließlich zu einer Inflationsschraube führt, vermieden werden, so stehen einer Regierung in der Übergangszeit zwei Maßnahmen offen, die entweder gemeinsam oder als Alternativen Anwendung finden können. Einerseits kann man durch Beibehaltung des in der Kriegszeit geschaffenen Kontrollapparates die Gelegenheit für Geldausgaben versperren und so die Bevölkerung dazu bringen, nolens volens die Spartätigkeit während der Periode der Knappheit fortzusetzen oder man kann durch deflationistische Maßnahmen der einen oder anderen Art — wie durch eine Vermögenssteuer oder eine Überschußpolitik im Staatshaushalt — die effektive Nachfrage herunterdrücken. Während England nach dem ersten Weltkrieg vorwiegend den letzteren Weg beschritt — was eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise der Jahre 1920/21 und der darauffolgenden Stagnation war —, wird diesmal das Schwergewicht auf den ersten Punkt verlegt. Preis- und Mengenkontrollen aller wichtigen Verbrauchsgüter sind heute, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges, noch mit unveränderter Schärfe in Kraft, ja, sie sind durch die Einführung der Brotrationierung noch erweitert worden, und auch der Kapitalmarkt unterliegt weiterhin der staatlichen Lenkung. Diese letztere dient nicht nur der Verhinderung starker Preisauftriebe in den Kapitalgüterindustrien, sondern versucht auch, Fehlinvestitionen zu verhindern, die bei dem gegenwärtigen liquiden Zustand der Industrie nur allzuleicht eintreten können.

Während durch diese Dämme ein Durchbruch an der Preisfront verhindert wird, verfolgt man weiterhin eine leicht inflationistische Geldpolitik, wie aus der Übersicht über den Notenumlauf ersichtlich ist. Diese Politik, die eine langfristige ist und eigentlich schon im Jahre 1932 einsetzte, nach-

dem England den Goldstandard verlassen hatte, zielt darauf ab, das Geld „billig“, d. h. den Zinsfuß niedrig zu halten. Der Grund hierfür ist einerseits, daß man durch eine Stabilisierung des Zinsfußes auf einem niedrigen Niveau eine der Ursachen, die in der Vergangenheit zu den krisenhaften Veränderungen der Wirtschaft beitrugen, beseitigen, und andererseits — als ein unmittelbares Ziel —, daß man den Schuldendienst für die enorm angewachsene Staatsschuld so niedrig wie möglich halten will. Tatsächlich ist es auch durch diese Zinsfußpolitik gelungen, die gegenwärtigen Zinszahlungen für die Staatsschulden ungefähr auf derselben Höhe zu halten wie nach dem ersten Weltkrieg, obwohl die Kapitalssumme bedeutend höher ist.

Das konkrete Ziel der englischen Finanzpolitik ist es gegenwärtig, den Zinsfuß für langfristige mündelsichere Anleihen auf 2½% zu stabilisieren. Da aber der Markt durch die zahlreichen Kriegsanleihen mit Papieren dieser Art bereits bis zu einem gewissen Grad gesättigt ist, der Staat aber weiterhin Anleihen aufnehmen muß, sei es um das laufende Defizit zu decken, sei es um die kurzfristige Schuld zu fundieren, oder sei es um ältere Gemeindegeldanleihen zu dem niedrigeren Zinsfuß zu konvertieren, tauchen Schwierigkeiten auf, die neuen Anleihen zu diesen Bedingungen zu placieren. In diesen Fällen wird ein Ansteigen des Zinsfußes dadurch verhindert, daß die von Privatpersonen nicht aufgenommenen Anleiheanteile entweder von den Banken oder von den offiziellen National Debt Commissioners gezeichnet werden. Um aber die nötigen Mittel bereitzustellen oder den Banken die Möglichkeit zu geben, ihre Liquidität zu bewahren, muß die Bank of England letzten Endes immer bereit sein, die nötigen zusätzlichen Umlaufmittel in den Verkehr zu setzen.

Die Steigerung des Geldvolumens kann unter diesen Umständen nicht schlechthin als ein inflationistischer Faktor angesehen werden. Denn sie ist nicht immer der Ausdruck einer gesteigerten Ausgabetätigkeit der Regierung oder einer Vergrößerung der effektiven Nachfrage, sondern ist zum Teil ein Werkzeug ihrer Zinsfußpolitik. Wenn der Zinsfuß so niedrig ist, daß Firmen und Privatpersonen ihr Geld lieber zinslos liquid auf der Bank liegen haben, als es zum herrschenden Zinsfuß zu verleihen, dann ist es die Taktik der Regierung, so viel neues Geld zu schaffen, bis dieses Liquiditätsbedürfnis befriedigt ist und die Knappheit im Anleihemarkt verschwindet. Diese Politik beruht auf der Annahme, daß die Höhe des Zinsfußes die Sparneigung der Bevölkerung nicht oder

nur unwesentlich beeinflußt. Die Höhe des Zinsfußes entscheidet lediglich darüber, in welcher Form — Bargeld oder Anleihen — das nicht für Konsumzwecke verausgabte Einkommen bzw. das bereits bestehende Vermögen gehalten wird. Die auf Grund des niedrigen Zinsfußes erhöhte Investitionsbereitschaft kann durch die realen Investitionskontrollen nicht als Nachfrage nach Kapitalgütern in Erscheinung treten. Insoweit aber, und solange diese zusätzlichen Geldmengen tatsächlich nur als liquide Reserven liegen gelassen werden und nicht verausgabt werden, können sie nicht preissteigernd wirken.

Nichtsdestoweniger bilden diese Reserven ein unstabiles Element, da ja die Präferenz für Liquidität sich — besonders bei einer Lockerung der Kontrollen — plötzlich ändern kann und dann dieses „heiße Geld“, wie man diese ungebundene Reserve heute in England und Amerika nennt, sich mit störenden Wirkungen auf den Markt ergießen kann. Daher ist die Regierung in ihrem Budget für 1947/48 zum erstenmal seit Jahren von ihrer Defizitpolitik abgegangen. Während das vorjährige Budget noch mit einem Defizit von über 760 Mill. Pfd. St. abschloß, rechnet der Voranschlag für das laufende Jahr mit Einnahmen von 3.451 Mill. Pfd. St., denen nur Ausgaben von 3.181 Mill. Pfd. St. gegenüberstehen sollen, so daß sich ein Überschuß von 270 Mill. Pfd. St. ergibt. Dies sollte eine leicht hemmende Wirkung auf die inflationistischen Tendenzen ausüben, wobei allerdings zu bemerken ist, daß erstens dieser Überschuß ausschließlich durch außerordentliche einmalige Einnahmen aus der Liquidierung von Kriegsbeständen und Kriegsfonds zustandekommt und zweitens der außerordentliche Staatshaushalt, mit Ausgaben für Wiedergutmachung für Kriegsschäden, Wohnbau, für die verstaatlichte Kohlenindustrie und dergleichen, auch weiterhin ein Defizit aufzeigt.

Im Zusammenhang mit der Politik des billigen Geldes müssen auch die Strukturänderungen, die sie in den Bankbilanzen verursacht hat, erwähnt werden. Wie nicht anders zu erwarten, brachte der gestiegerte Notenumlauf auch eine wesentliche Steigerung des Giralgeldes mit sich. Während der Monatsdurchschnitt der Bankeinlagen bei den neun größten Banken, die zusammen den weitaus größten Teil aller Bankgeschäfte Englands durchführen, im Jahre 1939 nur 2.129 Mill. Pfd. St. betrug, war er bis zum Jahre 1946 auf 4.846 Mill. Pfd. St. angewachsen (April 1947: 5.312 Mill. Pfd. St.). Gleichzeitig änderte sich aber auch die Zusammensetzung der Aktiva. Da einerseits der Kreditbedarf der Regierung äußerst angestiegen war und andererseits die

größere Geldflüssigkeit und die Einschränkung neuer Investitionen es der Industrie ermöglichten, in steigendem Maße zur Selbstfinanzierung überzugehen, wurden die Kreditmittel der Banken mehr und mehr von der Finanzierung der Industrie zur Finanzierung der öffentlichen Anleihen umgelenkt. Trotz des großen Anwachsens des Kreditvolumens nahmen die kurzfristigen Kredite an die Industrie ab, so daß sie im Jahre 1945 nur mehr 16,4 % der Gesamteinlagen betrugen, verglichen mit 44,3 % in 1939 und 55,3 % im Prosperitätsjahr 1929.¹⁾

Die wichtigsten Bilanzposten der 9 größten Banken

Jahr	Bank-ein-lagen	Wechsel	Kurz-fristige Betriebs-kredite Monats	Kurzfr. Kredite a. d. Re-gierung in Mill. £	Lang-fristige An-leihen in Mill. £	Liqu. Mittel in % d. Einlag.	Kurzfr. Betriebs-kred. i. % d. Einlag.
1938	2.161	274	930	—	593	10,6	43,0
1939	2.129	246	943	—	564	10,9	44,3
1940	2.377	357	906	—	621	10,7	38,3
1941	2.818	220	815	474	837	10,4	29,1
1942	3.104	223	758	614	1.006	10,5	24,5
1943	3.484	173	711	961	1.072	10,5	20,5
1944	3.953	164	715	1.338	1.082	10,5	18,1
1945	4.461	181	753	1.747	1.072	10,5	16,4
1946	4.846	443	847	1.436	1.251	10,3	17,5
1947							
I.	5.352	601	947	1.503	1.329	8,4 ¹⁾	17,7
II.	5.250	640	960	1.380	1.339	8,4	18,3
III.	5.285	727	975	1.265	1.355	8,4	18,4
IV.	5.312	688	1.009	1.294	1.360	8,5	19,0

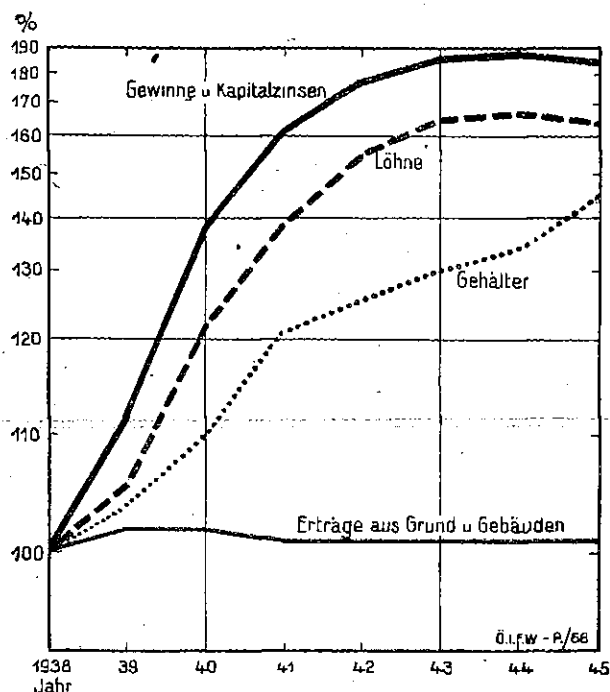
¹⁾ Auf Grund einer Verordnung herabgesetzt.

Diese Umstellung bedeutet insofern eine Ver-ringerung der Rentabilität der Banken, als kurz-fristige Betriebskredite wesentlich einträglicher sind als öffentliche Anleihen. Dieser Zinsentgang wird aber durch die weitaus gesteigerten Geldum-sätze mehr als wettgemacht, so daß die Banken-profite, gleich den Industrieprofiten, angestiegen sind. Wie weit diese Strukturänderung eine dauernde sein wird, ist heute schwer zu sagen. Die beträcht-lichen Reserven der Industrie können dazu führen, daß die englischen Banken nicht mehr jene Bedeu-tung im Kreditleben der Privatwirtschaft erlangen werden, die sie vor dem Kriege besaßen.

Die Einkommensbildung der letzten Jahre nahm die für eine inflationistische Periode charak-teristischen Formen an. Die Gewinne stiegen am stärksten, in gewissem Abstand folgten die Löhne, während die Gehälter ziemlich weit nachhinkten und die kontrollierten Boden- und Hauszinserträge praktisch stationär blieben.

¹⁾ Im Gegensatz zu den kontinentalen und amerikani-schen Banken beschränken sich die englischen Banken auf Gewährung kurzfristiger Betriebskredite an die Industrie.

Abb. 8. Entwicklung der Privateinkommen nach Einkommensarten
(Logarithmischer Maßstab.)



Entwicklung der verschiedenen Einkommensgruppen

Jahr	Erträge aus Land- und Gebäudebesitz	Gewinne u. Kapitalzinsen in Millionen ₧	Löhne	Gehälter
1938	380	1.317	1.735	1.100
1939	388	1.472	1.835	1.141
1940	386	1.829	2.115	1.206
1941	385	2.128	2.419	1.332
1942	384	2.342	2.688	1.381
1943	384	2.460	2.845	1.430
1944	384	2.487	2.890	1.473
1945	385	2.445	2.840	1.585

Die Entwicklung der Lohnsumme ist durch verschiedene Faktoren bedingt, von denen sich manche für die Steigerung förderlich, andere hemmend erweisen. Hemmend wirkt der beträchtliche Abzug von Arbeitskräften in die Armee¹⁾ und der damit verbundene größere Anteil von Frauen im Arbeitsprozeß, die niedrigere Löhne beziehen; steigernd wirkt der Zuzug von Arbeitskräften durch Absorption der Arbeitslosen und früher nicht im Berufe stehenden Frauen, das Hinüberwechseln der Arbeiter von den Berufen mit niedrigen Löhnen zu solchen, die einträglicher sind, die Leistung von Überstunden, die besonders während der Kriegsjahre stark ins Gewicht fielen, und schließlich die Steigerung des Lohnniveaus selbst. Diese letztere Steigerung hat sich, gleich der Preissteigerung, in

¹⁾ Die Einkommen der Soldaten und Offiziere sind in den obigen Ziffern nicht enthalten.

verhältnismäßig engen Grenzen gehalten, so daß trotz Fehlens eines Lohnstops die Lohnsätze im Durchschnitt während der gesamten Dauer des Krieges um weniger als 50% und seither bis April 1947 um weitere 12% stiegen, Steigerungen, die man kaum als währungspolitisch bedrohlich ansehen kann.

Wochenlöhne in der Industrie

Jahr	September 1939 = 100	Jahr	September 1939 = 100
1940	112	1946	162
1941	122	1947	165
1942	130	Jänner	165
1943	136	Februar	165
1944	143	März	166
1945	150	April	166

Ein Vergleich des obigen Lohnindex mit den früher angegebenen Preisindexzahlen würde zu dem Schluß führen, daß die Reallöhne gestiegen sind. Ein solcher Schluß ist jedoch nicht zulässig, da die Rationierung sowie die weitgehende Veränderung in der Auswahl und Qualität der vorhandenen Waren einen Vergleich des jetzigen Lebensstandards mit dem der Vorkriegszeit unmöglich machen. Dazu ist ferner zu bemerken, daß nicht nur die Löhne, sondern das gesamte Volkseinkommen wesentlich stärker gestiegen sind als die Preise, was auf die weitgehende Preiskontrolle und die — teilweise dadurch bedingte — stark erhöhte Spartätigkeit zurückzuführen ist.

Während also ein einfaches statistisches Maß für die Änderungen des Reallohnes nicht angewandt werden kann, lassen sich doch einige Anhaltspunkte über die Veränderung des Realeinkommens und des Verbrauches gewinnen. Die oben wiedergegebene Übersicht über die Entwicklung der Einkommensgruppen zeigt diese vor Abzug der Steuern. Nach Abzug der Steuern sieht aber das Bild etwas anders aus, da die während des Krieges und in der Nachkriegszeit eingeführten Steueränderungen das direkte Besteuerungssystem sehr stark progressiv gestaltet haben, wie aus der folgenden Übersicht deutlich hervorgeht.

Zahl der Personen in Einkommensstufen nach Abzug der direkten Steuern

Einkommen nach Abzug der direkten Steuern in ₧	Zahl der Einkommensbezieher 1938—1939	1944—1945
150— 250	4.500.000	7.400.000
250— 500	1.820.000	5.050.000
500—1.000	450.000	830.000
1.000—2.000	155.000	186.000
2.000—4.000	56.000	33.050
4.000—6.000	12.000	890
über 6.000	7.000	60
Insgesamt	7.000.000	13.500.000

Der verstärkten Progression der direkten Steuern steht allerdings der regressive Charakter der neuen indirekten Steuern gegenüber, die mit der erstmaligen Einführung einer allgemeinen Warenumsatzsteuer und einer bedeutenden Erhöhung der traditionellen Bier- und Tabaksteuern sehr an Gewicht gewonnen haben. Nichtsdestoweniger ist es wahrscheinlich, daß die Änderungen im Steuersystem, verbunden mit den Nahrungsmittelsubventionen und der verbesserten Sozialfürsorge, wie z.B. der neueingeführten staatlichen Kinderzulage, eine gewisse redistributive Wirkung haben, die besonders den untersten Lohnempfängerklassen zugutekommen. Diese Tendenz wurde noch dadurch verstärkt, daß die Lohnerhöhungen der letzten Jahre keineswegs einheitlich waren, sondern gewöhnlich verhältnismäßig größere Steigerungen für die niedrigen Löhne mit sich brachten. Es ist daher erklärlich, wie Untersuchungen in den Elendsvierteln Londons und Glasgows ergeben haben, daß dort die Schulkinder heute besser genährt und durchschnittlich größer sind als vor dem Krieg.

Während man daher feststellen kann, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und eine gewisse Nivellierung der Einkommen sowie die dank der Bewirtschaftung gleichmäßigere Verteilung der lebenswichtigen Güter die Lebenshaltung der untersten Einkommenklassen verbessert haben, läßt sich, wie bereits angedeutet, das Realeinkommen der Gesamtbevölkerung mit dem der Vorkriegszeit wegen seiner strukturellen Änderung kaum vergleichen. Bewertet man die Ausgaben aller Privatpersonen für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen mit den Preisen des Jahres 1938, so ergibt sich folgendes Bild.

Privatausgaben für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen

(Zu den Preisen des Jahres 1938)

Jahr	%	Jahr	%
1938	100	1943	86
1939	101	1944	88
1940	92	1945	93
1941	88	1946	101
1942	87		

Aus diesen Zahlen könnte der Eindruck gewonnen werden, daß im Jahre 1946 die Gesamt-lebenshaltung das Vorkriegsniveau wieder erreicht hätte. Abgesehen von Qualitätsverschlechterungen wurden jedoch durch die erzwungenen Verbrauchseinschränkungen bei wichtigen Bedarfsgütern —

und nicht durch Bedürfnisänderungen der Konsumenten — die Ausgaben in minder wichtige Bereiche gedrängt, so daß sich die Zusammensetzung des Konsums gegenüber der Vorkriegszeit gezwungenermaßen stark geändert hat. So sind der Kulturaufwand — Reisen, Vergnügungen, Bücher und Zeitschriften — und die Ausgaben für Getränke und Tabakwaren wesentlich angestiegen, während Möbel, Kleider, Haushaltsgegenstände und — bis zu einem gewissen Grade — Nahrungsmittel¹⁾ nur in weitaus geringeren Mengen erstanden werden können als im Jahre 1938. Eine eindeutige statistische Messung des realen Konsums ist unter diesen Umständen nicht möglich. Zweifellos ist jedoch die Bedürfnisbefriedigung, die die derzeitige durch Rationierung erzwungene Verbrauchszusammensetzung gewährt, geringer als die bei freier Konsumwahl im Jahre 1938, obwohl der um die Preisveränderungen korrigierte Ausgabenindex bereits die Vorkriegshöhe erreicht hat.

Veränderungen im Verbrauch einiger Waren und Dienstleistungen zwischen 1938 und 1946

Zunahme	%	Abnahme	%
Alkoholische Getränke	12	Nahrungsmittel . . .	2
Tabakwaren	33	Dauerhafte	
Brennstoffe und		Verbrauchsgüter . .	37
Elektrizität	10	Haushaltsgüter . . .	20
Bücher u. Zeitschriften	38	Kleidung	26
Reisen	41	Privates Kraftfahr-	
Vergnügungen	59	wesen	44

Verstaatlichung und Planung

In den vorhergegangenen Abschnitten wurde versucht, einen Überblick über die hauptsächlichsten Entwicklungstendenzen und Probleme der englischen Wirtschaft von heute zu geben. Viele dieser Probleme verlangen eine baldige Regelung, sollen ernste Störungen im Wirtschaftsleben vermieden werden. Es würde zu weit führen, hier auf die Vielfalt von Gesetzen und Maßnahmen einzugehen, welche zur Beseitigung spezifischer Schwierigkeiten ergriffen wurden und werden. Aber einige Worte müssen abschließend über Verstaatlichung und Planung gesagt werden, die eine grundlegende Rolle im Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Regierung spielen.

Obwohl diese Regierung im Jahre 1945 auf Grund ihrer Forderung eines solchen Programmes gewählt wurde, wäre es falsch zu glauben, daß dieses Programm sehr fest umrissene Formen hatte oder

¹⁾ Obwohl sich Gesamtmenge und Gesamtwert (zu den Preisen des Jahres 1938) der Nahrungsmittel nicht wesentlich geändert haben, so erfolgten doch tiefgehende Änderungen in der Zusammensetzung dieser Gruppe.

auf einem eindeutigen Konzept beruhte. Vielmehr war es so, daß sich die Regierung in den letzten zwei Jahren hauptsächlich von pragmatischen Gesichtspunkten hat leiten lassen.

Nehmen wir zum Beispiel das Verstaatlichungsprogramm für die Jahre 1945 bis 1950. Dieses kann weder als ein Sozialisierungsprogramm bezeichnet werden — selbst nach seiner vollständigen Durchführung werden sich nur 20% der britischen Industrie im Besitz des Staates befinden — noch liegt ihm ein einheitliches Prinzip einer gelenkten Wirtschaft zugrunde; es kann jeder Verstaatlichungsakt nur auf Grund seiner besonderen Umstände verstanden werden. So bedeutet die Verstaatlichung der Bank of England nur eine Sanktion eines bereits lange bestehenden faktischen Zustandes, nämlich der engen Verflechtung der Politik der Zentralbank mit der monetären Politik des Schatzamtes. Die Verstaatlichung der Kohlenindustrie ist einerseits eine Einlösung eines alten Versprechens — schon 1920 empfahl eine königliche Kommission diesen Schritt —, andererseits dient sie der großzügigen Verbesserung der technischen Einrichtungen und der Arbeitsverhältnisse, ohne die eine Erholung dieser Industrie und damit der gesamten Wirtschaft nicht möglich ist.

Von der Kohle ist es nur ein kurzer Schritt zur Elektrizität und zum Gas. Einheitliche Regelung der Energiewirtschaft sowie Beseitigung des verwirrenden Nebeneinanders verschiedenartig geleiteter Privat- und Gemeindeunternehmungen stellen das Hauptmotiv für die Verstaatlichung auf diesem Gebiete dar. Das Verlangen nach Vereinheitlichung und Vereinfachung, zum Teil aber auch nach technischer Erneuerung (insbesondere des Eisenbahnwesens) war auch die Ursache für die Einbringung des Gesetzes für die Verstaatlichung des gesamten Transportwesens.

In eine ganz andere Kategorie fällt der bei weitem am meisten umstrittene Verstaatlichungsvorschlag, der sich auf die Stahl- und Eisenindustrie bezieht. Hier geht es einerseits darum, eine entscheidende monopolistische Industrie, die sich in den Vorkriegsjahren durch eine besondere Restriktionspolitik auszeichnete, in eine expansionistische Industrie zu verwandeln, andererseits soll durch die Kontrolle dieser Schlüsselindustrie im Kapitalgütersektor die Möglichkeit einer aktiven Vollbeschäftigungspolitik gefördert werden.

Aus dem eben Gesagten geht hervor, daß die Verstaatlichung nicht von einheitlichen Gesichtspunkten geleitet und bis jetzt auch nicht als vorbereitender Schritt für eine Gesamtplanung der Wirtschaft angesehen wird. Auch die durchgeführten Planungsmaßnahmen sind nämlich durch pragmatische, auf spezielle Fragen zugeschnittene Maßnahmen gekennzeichnet, wie sie für den Verstaatlichungsprozeß charakteristisch sind. Der aus den Kriegsjahren ererbte ausgedehnte Kontrollapparat gab der Regierung ein Instrument in die Hand, das es ihr ermöglichte, in fast alle Phasen des Wirtschaftslebens einzugreifen. Im großen und ganzen wurde aber bis jetzt von diesen Möglichkeiten nur in einer negativen Weise Gebrauch gemacht. So verschließt die Investitionskontrolle unwichtigen Industrien den Zutritt zum Kapitalmarkt, die Konzessionsverweigerung für Fabriksneubauten in gewissen Gebieten versucht diese weitmöglichst in die Notstandsgebiete zu lenken, der Arbeitermangel in der Landwirtschaft wird durch ein Austrittsverbot bekämpft und die Devisenkontrolle greift diskriminierend in den Außenhandel ein.

Die Kohlenkrise des vergangenen Winters und das Andauern der akuten Dollarkrise und nicht zuletzt die Veröffentlichung des umfassenden französischen Monnet-Planes haben in England die Forderung aufgeworfen, an die Stelle der unzusammenhängenden und hauptsächlich negativen Kontrollmaßnahmen einen allumfassenden Wirtschaftsplan treten zu lassen, der aktiv an die Lösung der gegenwärtigen Probleme herangeht. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß diese Forderung nicht nur innerhalb der Arbeiterpartei, sondern auch mit besonderer Stärke von den Liberalen erhoben wurde, für die vor zehn Jahren das Wort „Planwirtschaft“ noch mit einem Anathema belegt war.

Diese Kritik hat nun im Frühling dieses Jahres dazu geführt, daß die Regierung ein Planungsbüro unter Sir Edwin Plowden eingesetzt hat, dem die Aufgabe zufallen soll, die Planungsarbeiten in den verschiedenen Sektoren zu koordinieren und auf die gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisse auszurichten. Wie weit dieser Schritt zu einer verstärkten Wirtschaftsplanung führen wird und welche organisatorischen Formen Anwendung finden werden — eine Frage, die für den Erfolg von großer Bedeutung sein kann —, läßt sich zur Zeit der Niederschrift dieses Aufsatzes noch nicht absehen.